

Wohlstand wächst langsam

Im jüngsten Aufschwung hat der gesamtgesellschaftliche Wohlstand zugenommen – allerdings weniger als die Wirtschaftsleistung. Das zeigt der von einem Wissenschaftlerteam um den Heidelberger Professor Hans Diefenbacher im Auftrag des IMK berechnete Nationale Wohlfahrtsindex (NWI). Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,2 Prozent zunahm, stieg der Wohlstandsindex im Jahr 2017, so die neuesten verfügbaren Zahlen, nur um 0,9 Prozent.

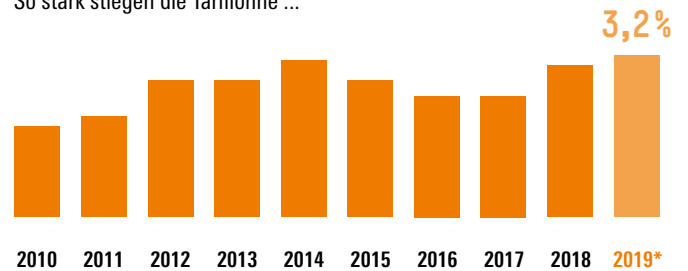
Der NWI soll ein realistischeres Bild der Wohlfahrtsentwicklung als das BIP vermitteln. Insgesamt lassen die Forscher 20 Komponenten in den Index einfließen. Zu den wichtigsten zählt der private Konsum, bei dem auch die Einkommensverteilung berücksichtigt wird. Wird die Verteilung ausgeglichener, steigt der Wohlstand, was positiv in den Index eingeht. Steigende Ungleichheit führt zu einem Abzug. Darüber hinaus erfasst der NWI auch die Wertschöpfung durch Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie einen Teil der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung als wohlfahrtsstiftend. Von der Bilanz abgezogen werden Aufwendungen zur Beseitigung von Umweltbelastungen, Kosten für nicht erneuerbare Energieträger, Schäden durch Luftverschmutzung, Treibhausgase oder Lärmbelästigung sowie Kosten, die durch Kriminalität und Verkehrsunfälle entstehen. Auf diese Weise haben die Forscher in ihre Berechnung einen Korrekturfaktor eingebaut, der „Schattenseiten“ des Wirtschaftens berücksichtigt.

In der längeren Frist klaffen BIP und Wohlstandsindex weit auseinander. Das BIP ist zwischen 1991 und 2017 real um rund 43 Prozent gewachsen. Der gesamtgesellschaftliche Wohlstand in der Bundesrepublik hat hingegen im gleichen Zeitraum lediglich um knapp 8,1 Prozent zugenommen. Besonders schwach hat sich der NWI in der Zeit von 1999 bis 2005 entwickelt, vor allem, weil die Einkommensungleichheit in Jahren hoher Arbeitslosigkeit und stagnierender Löhne anstieg. Trotz der „Verstetigung eines positiven Trends“ in jüngster Zeit, so die Forscher, befand sich das gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsniveau deshalb Ende 2017 nur auf dem gleichen Stand wie 20 Jahre zuvor. <

Quelle: Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, Hans Diefenbacher: NWI 2019 – Verstetigung des positiven Trends, IMK Policy Brief, August 2019
Download: bit.do/impuls1591

Mehr Geld für Arbeitnehmer

So stark stiegen die Tariflöhne ...



*Prognose auf Basis des ersten Halbjahres
Quelle: WSI-Tarifarchiv 2019 Grafik bit.do/impuls1592

Hans Böckler
Stiftung

TARIFE

Löhne steigen kräftig

Die Tariflöhne steigen in diesem Jahr um gut drei Prozent. Das stützt die Wirtschaft.

2019 dürften die Tariflöhne im Schnitt um 3,2 Prozent zu liegen. Dies ergibt sich aus der aktuellen Halbjahresbilanz des WSI-Tarifarchivs. Die Tarifierhöhungen liegen damit noch einmal leicht oberhalb des Vorjahres, in dem sie um 3,0 Prozent zugenommen hatten. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Preissteigerung ergibt sich ein Reallohnzuwachs von 1,6 Prozent.

„Insgesamt bestätigen die Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr den Trend des Vorjahres zu deutlich höheren Lohnzuwächsen“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. „Damit leisten die Tariflöhne einen wichtigen Beitrag dafür, die Binnennachfrage zu stärken und einer sich abkühlenden Konjunktur entgegenzuwirken.“ Besonders hoch fallen die Tarifzuwächse in diesem Jahr in den großen Tarifbranchen aus. In der Metallindustrie beträgt die jahresbezogene Erhöhung 4,1 Prozent, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie mit 3,9 Prozent und dem öffentlichen Dienst der Länder mit 3,6 Prozent. Weitere Beispiele: Im Bauhauptgewerbe steigen die Tariflöhne um 3,3 Prozent, in der Textilindustrie und dem privaten Verkehrsgewerbe um jeweils 3,2 Prozent, im Hotel und Gaststättengewerbe um 2,8 Prozent und bei der Deutschen Bahn um 2,5 Prozent. Im Gebäudereinigerhandwerk liegen die Zuwächse bei 2,3 Prozent und bei der Deutschen Post sind es 2,1 Prozent. Noch nicht berücksichtigt sind hier die im Juli 2019 erzielten Tarifabschlüsse im Einzelhandel und im Bankgewerbe.

Im ersten Halbjahr 2019 schlossen die DGB-Gewerkschaften für insgesamt etwa 3,3 Millionen Beschäftigte neue Tarifverträge ab. Die durchschnittliche Laufzeit beträgt 26,5 Monate, so dass die große Mehrzahl der Vereinbarungen zweistufige Lohnerhöhungen für 2019 und 2020 vorsieht. Im zweiten Halbjahr 2019 finden weniger Tarifverhandlungen statt als in den ersten sechs Monaten. <